

Europaweite Aktionstage gegen Sozialabbau

Das Sozialforum Wiesbaden ruft Engagierte und Betroffene auf zum

**Markt der Möglichkeiten
gegen den sozialen Kahlschlag
am 2. April 2004 in Wiesbaden
ab 13.00 bis 17.00 in der Fußgängerzone
(Schützenhofstraße Langgasse)**

mit Speakers' Corner, Straßentheater, Diskussionen, Infoständen
zum Erfahrungsaustausch usw, usw, usw.

Das Sozialforum lädt Betroffene sowie engagierte Gruppen ein, mit einem eigenen
Beitrag den Markt der Möglichkeiten zu bereichern.
Zur Kontaktaufnahme und Absprache siehe Adressen auf der Rückseite.

“Zorn und Unzufriedenheit allein genügen nicht, so etwas muß
praktische Folgen haben”, sagte einst Bertolt Brecht.

Dies gilt mehr denn je, nachdem eine große Koalition aus SPD / Grünen / CDU / CSU /
FDP letztes Jahr zahlreiche Gesetze zu Lasten von abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen
und Rentnern beschlossen hat.

Auf kommunaler Ebene werden in Wiesbaden Mittel für Elterninitiativen und
Kindergärten gekürzt, Verkauf oder Schließung von Schwimmbädern diskutiert und
die Privatisierung ganzer Ämter (z.B. Grünflächenamt) erwogen.

Gelegenheit und Notwendigkeit, unseren Zorn in praktisches Handeln zu verwandeln, gibt
es dieses Frühjahr reichlich, so z. B.:

am 3. April in Stuttgart

**Das Sozialforum Wiesbaden ruft auf
zur Teilnahme an der Demonstration am 3. April 2004 in Stuttgart.**

Abfahrt der Busse in Wiesbaden: 7.30 Uhr Schlachthofgelände,
Gartenfeldstraße (Ankunft in Wiesbaden geplant für ca. 17.00 Uhr)

Der DGB stellt die Busse. Mitfahren kostet also nichts!!

Anmeldungen an: DGB-Wiesbaden, Tel.: 0611-401052,

Email: wiesbaden@dgb.de

Plattform des Sozialforums Wiesbaden

Politiker verstehen weltweit Staaten, Länder und Kommunen zunehmend nur noch als gegeneinander konkurrierende Wirtschaftsunternehmen. Sie folgen damit der neoliberalen Ideologie, nach der allein freier Markt, Wettbewerb und Konkurrenz das Zusammenleben der Menschen regeln sollen und staatliche Regulierungen als zu beseitigende Handelshemmnisse und Wettbewerbsverzerrung gelten. Folge dieser Politik ist eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben, bei der die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Dies gilt gleichermaßen für das Verhältnis zwischen armen und reichen Ländern wie für die derzeitige Politik in den Industriestaaten.

Bei uns in Deutschland erreicht die Umverteilung mit "Agenda 2010", "Riester-Rente" und "Hartz-Gesetzen" zurzeit einen neuen Höhepunkt. Unterstützt wird die Bundesregierung unter Gerhard Schröder bei ihrer Sozialabbaupolitik von den Oppositionsparteien, den Arbeitgeberverbänden, einem Großteil der Presse und neoliberalen Wissenschaftlern. Ermutigt wird sie durch den bislang geringen Widerstand gegen die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme und die zunehmende Militarisierung. Nachdem den Menschen unentwegt eingeredet wird, diese Politik folge allein Sachzwängen, haben viele die neoliberale Ideologie verinnerlicht und sind daher nicht mehr in der Lage, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen.

Der "Roland-Koch-Plan" zur Sanierung des hessischen Landeshaushalts folgt demselben Umverteilungsmuster: Reiche werden geschont, Lohnabhängige, Arme, Kranke, sowie Sozial-, Kultur- und Bildungseinrichtungen noch weiter belastet. Vor allem Frauen sind als Rat-, Hilfe-, Schutzsuchende und sowieso schon finanziell schlechter Gestellte überproportional von den Streichungen bei den Sozialleistungen betroffen. Mit dem Abbau von Sozialleistungen, mit Arbeitszeitverlängerungen und Lohnabbau werden die strukturellen Probleme der sozialen Sicherungssysteme und der Staatsverschuldung jedoch

nicht gelöst. Im Gegenteil: Indem man die notwendigen Mittel nicht bei Reichen sondern Geringverdienenden holt, werden öffentliche Haushalte und Massenkauflkraft geschwächt und die gesamtwirtschaftlichen Probleme verschärfen sich noch.

Auf kommunaler Ebene werden in Wiesbaden Mittel für Elterninitiativen und Kindergärten gekürzt, Verkauf oder Schließung von Schwimmbädern diskutiert und die Privatisierung ganzer Ämter (z.B. Grünflächenamt) erwogen. Zur gleichen Zeit werden Millionen für unsinnige Bau-, Marketing-, Gewerbebeparkprojekte und Repräsentationen verschleudert.

Gegen die durchgängige Umverteilung von unten nach oben, Sozialabbau, Ausverkauf öffentlicher Einrichtungen und zunehmende Umweltzerstörung richten sich die im Sozialforum Wiesbaden versammelten Einzelpersonen, Organisationen und Initiativen. Mit dem Sozialforum wollen sie ihre Interessen öffentlich deutlich machen und in Verbindung mit der Forderung nach mehr Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungen auch durchsetzen.

Das Sozialforum versteht sich als Netzwerk. Wie bei anderen Sozialforen in Deutschland gelten auch bei uns folgende demokratische Prinzipien:

Alle im Sozialforum Aktiven haben gleiche Rechte. Aktionen, die von allen mitgetragen werden sollen, werden im Konsens beschlossen. Wo dies nicht möglich ist, treten einzelne AGs in Aktion, sprechen dann aber nicht für das gesamte Sozialforum. Einzelpersonen sind eingeladen, sich im Rahmen des Sozialforums einzubringen und gegebenenfalls in AGs aktiv zu werden.

Gegen rassistische, nationalistische, antisemitische und andere diskriminierende Positionen grenzen wir uns klar und eindeutig ab.

Das Sozialforum, trifft sich im Plenum einmal im Monat

Nähere Informationen über <http://www.sozialforum-wiesbaden.de>

Wer Kontakt mit dem Sozialforum aufnehmen will, kann das auf folgenden Wegen tun:

Über die Ansprechpartner: Ekbert Lebküchner - ekbert@lebkuechner.com, Tel.: 0611 - 509818

Hartmut Bohrer - www.hartmutbohrer.de Tel.: 0611 - 315426

Jakob Schäfer - Jakob.Wiesbaden@t-online.de Tel.: 0611 - 564648

oder über die Mail-Adresse des Sozialforums: kontakt@sozialforum-wiesbaden.de

V.i.S.d.P.: Jakob Schäfer, 65191 Wiesbaden